

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 4. September 2023

Wachstum durch mehr Freiräume und weniger Bürokratie: 5 Punkte gegen den Bürokratie-Burn-out

Nachdem Deutschland sich im internationalen Vergleich gut durch die Krisen der vergangenen Jahre manövriert hat, ist der Wirtschaftsmotor ins Stocken geraten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat zuletzt einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 0,3 Prozent für 2023 vorhergesagt. Prioritäres Ziel muss daher jetzt sein, unseren Wirtschaftsstandort zu stärken, um wieder Fahrt für neues Wachstum aufzunehmen.

Neben der hohen Steuer- und Abgabenbelastung sowie den gestiegenen Energiepreisen ist auch die Bürokratie ein enormes Wachstumshemmnis für unser Land. Formulare, Anträge, Berichts- und Aufbewahrungspflichten, lange Verwaltungsverfahren: Viele Unternehmen leiden an einem „Bürokratie-Burn-out“ und können sich kaum noch um ihr Kerngeschäft kümmern. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sind die Bürokratieberge nur schwer zu bewältigen. Doch nicht nur die Wirtschaft ist davon betroffen, sondern sämtliche Bereiche der Gesellschaft – ob Arztpraxis, Schule oder Kultur. Bürgerinnen und Bürger werden in ihrem Alltag durch viele bürokratische Hürden ausgebremst.

Deutschland braucht endlich eine Trendwende bei der Bürokratiebelastung. Wir wollen einen modernen und unkomplizierten Staat, der den Alltag für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Betriebe erleichtert. Statt Papierberge wollen wir Platz für neue Ideen schaffen. Nicht zuletzt mit Blick auf die aktuellen Krisen und Deutschlands wirtschaftliche Wachstumsschwäche darf der Staat sich nicht selbst blockieren. Er muss vielmehr den Weg freimachen für Wachstum, Innovation und Arbeitsplätze. Nur so kommen wir voran bei Fortschrittsprojekten wie dem Ausbau von Verkehrsinfrastruktur, einer verlässlichen Energieversorgung oder dem Wohnungsbau.

Wir Freie Demokraten wollen mit einem ambitionierten und spürbaren Bürokratieabbau den Wirtschaftsstandort Deutschland modernisieren. Die Bürokratiekosten sind in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz IV und dem Wachstumschancengesetz haben wir eine Trendwende bei der Bürokratiebelastung auf Bundesebene eingeleitet. Wir werden Bürokratie-Ballast für die Wirtschaft von insgesamt mehr als 2,3 Milliarden Euro abwerfen. Ziel ist es, den Bürokratiekostenindex auf den niedrigsten Wert seit Beginn der Index-Aufzeichnung im Jahr 2012 zu senken.

Ein wichtiger Meilenstein für einen unkomplizierten Staat ist auch die Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die Digitalisierung der Verwaltung ist ebenfalls ein Fortschrittsfaktor:

Seit 2023 müssen die Bundesministerien dank des Digitalchecks ihre Gesetzentwürfe digitaltauglich gestalten.

Doch Bürokratieabbau bleibt eine Daueraufgabe und ein Kraftakt. Daher sind alle Bundesministerien gefragt, konkrete Vorschläge zu formulieren. 57 Prozent der Bürokratiekosten für die Wirtschaft sind allerdings auf die Umsetzung von EU-Recht zurückzuführen. Besonders die deutsche EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) ist gefordert, ausufernde EU-Bürokratie zu bremsen und abzubauen. Es kann nicht sein, dass in vielen Bereichen EU-Regelungen Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger unnötig zusätzlich belasten. Auch in der EU muss die Erkenntnis gelten: Weniger Bürokratie heißt mehr Wachstum.

Ein ebenso großer Anteil belastender Vorschriften hat seinen Ursprung in den Bundesländern. Besonders die Ministerpräsidenten von CDU und CSU haben es deshalb jetzt in der Hand, ihren Beitrag zum Bürokratieabbau zu leisten. Markus Söder, Boris Rhein und Hendrik Wüst können da nicht von ihrer eigenen Verantwortung ablenken. Deutschland braucht auf allen Ebenen eine Trendwende hin zum spürbaren und fortgesetzten Bürokratieabbau.

Wir Freie Demokraten fordern:

1. Entlastungsoffensive für die EU

Gemeinsam mit Frankreich wollen wir in der Bundesregierung den Bürokratieabbau in der EU entschieden vorantreiben. Wir schlagen einen EU-Bürokratiekostenindex vor, um Bürokratiekosten systematisch zu erfassen und transparent zu machen. Gesetzesvorhaben sollten zudem im Zusammenhang mit anderen Regelungen betrachtet und aufeinander abgestimmt werden. Doppelte Berichtspflichten müssen vermieden werden. Mit Digital- und Praxischecks von Gesetzesinitiativen wollen wir für moderne und treffsichere Rechtsetzung in der EU sorgen.

Aktuelle EU-Vorhaben, die unverhältnismäßige Bürokratiebelastungen für Menschen und Unternehmen verursachen, sollten angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen in der EU gestoppt werden. Der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz stellt Forderungen in den luftleeren Raum – etwa zur EU-Lieferkettenrichtlinie. Dabei verschweigt Merz, dass der Entwurf zur EU-Lieferkettenrichtlinie von seiner als EU-Kommissionspräsidentin verantwortlichen Parteifreundin von der Leyen stammt. Die widersprüchliche Politik der CDU in Deutschland und Europa zeigt, dass die CDU-Forderungen zur Entlastung privater Haushalte und der Wirtschaft unglauwbüdig sind.

Weitere Regelungen müssen auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls überarbeitet werden. Statt der bürokratischen und ineffizienten A1-Bescheinigung für die Arbeitnehmerentsendung sollte beispielsweise ein einheitliches EU-Portal für die Antragsstellung geschaffen werden.

2. KMU-freundliche EU-Regeln

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind von überbordender Bürokratie besonders betroffen. Wir wollen daher KMU bei EU-Rechtsetzung noch stärker berücksichtigen und Bürokratiebelastungen auf ein Minimum beschränken. Wir treten dafür ein, die KMU-Definition auf EU-Ebene um eine zusätzliche Unternehmenskategorie der „Small Mid-caps“ (250 bis 500 Beschäftigte) zu ergänzen. Zugleich sollten die finanziellen Schwellenwerte der KMU-Definition geprüft werden. Darüber hinaus sprechen wir uns für einen hochrangigen EU-KMU-Botschafter aus.

3. Bürokratieabbauoffensive für den Bund

Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz IV haben wir den Startschuss für echte Entlastung und neue Freiräume gegeben. Daran wollen wir mit weiteren Initiativen anknüpfen.

Die Bundesregierung hat bereits im Herbst 2022 ein Belastungsmoratorium beschlossen. Mit Blick auf die aktuelle Wachstumsschwäche unserer Wirtschaft muss das Belastungsmoratorium in der Praxis stärker umgesetzt und verbindlicher werden. Wir wollen alle politischen Vorhaben systematisch auf Belastungen prüfen. Darüber hinaus wollen wir das Belastungsmoratorium zu einer Belastungsgesamtrechnung weiterentwickeln und gesetzlich verankern.

Um Bürokratie zusätzlich spürbar zu reduzieren, fordern wir zudem, dass künftig für jede neue Belastung durch geplante Regelungen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden („One in, two out“).

4. Bürokratie-Check für die Bundesländer

Um das Bürokratie-Dickicht in unserem Land zu lichten, müssen Bund und Länder gleichermaßen wirksame Maßnahmen zum Bürokratieabbau vorantreiben. Deshalb wollen wir den Bürokratiekosten-Index auch auf die Bundesländer übertragen. Somit werden Bürokratiebelastungen aber insbesondere auch Fortschritte bei der Reduzierung hemmender Bürokratie bundesländerübergreifend transparent und vergleichbar. Ziel muss sein, den Bürokratiekosten-Index in allen Bundesländern kontinuierlich deutlich zu senken. Wir wollen einen Wettbewerb für weniger Bürokratie und mehr Freiräume für Unternehmen entfachen.

Damit der Bürokratieabbau weiter Tempo aufnimmt, fordern wir, dass in allen Bundesländern Gesetze und Vorschriften regelmäßig systematisch auf ihren Bürokratieaufwand überprüft werden und Vorschläge für Vereinfachungen und Entlastungen gemacht werden. Das kann beispielsweise durch die Landesrechnungshöfe oder eigens eingerichtete Normenkontrollräte in den Ländern geschehen. Erfolgreiche Maßnahmen zur effektiven Bürokratievermeidung und -reduzierung können als Best-Practice-Beispiele dienen.

5. Leistungsfähige, moderne Behörden – Rechtsanspruch auf digitale Verwaltung

Die digitale Verwaltung ist eine zentrale Voraussetzung für einen leistungsfähigen und unkomplizierten Staat, der Chancen ermöglicht, statt sie durch umständliche Verwaltungsabläufe auszubremsen. Für mehr Tempo bei der Digitalisierung fordern wir deshalb einen Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen. Zudem sollen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen gemäß dem Once-Only-Prinzip Daten und Nachweise nur einmalig an die Verwaltung übermitteln müssen. Für weitere Anliegen können Behörden als One-Stop-Shops dann bei Zustimmung auf die bereits vorhandenen Informationen zugreifen. Durch den Einsatz sicherer, einfach nutzbarer digitaler Identitäten (eID) wollen wir neue Möglichkeiten für digitale Behördengänge schaffen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Daten effektiver genutzt werden. Wir wollen deshalb den Einsatz von KI-Anwendungen für die digitale Verwaltung prüfen.